

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2017 der Gemeinde Maisach

Donnerstag, 9. Februar 2017

Für die Fraktion der Freie Wähler der Gemeinde Maisach

Fraktionsvorsitzender Gottfried Obermair

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
Frau Braunmüller, Frau Meinhold, Herr Eberlein,
geschätzte Vertreterin des Fürstenfeldbrucker Tagblattes und der SZ,
sehr geehrte Damen und Herren.

Alle Jahre wieder liegt er vor uns, der Haushaltsplan der Gemeinde Maisach: auf über 340 Seiten sind akribisch genau die Ausgaben und Einnahmen sowohl im Vermögens- als auch im Verwaltungshaushalt aufgelistet. Jetzt auf die einzelnen Positionen einzugehen, das erspare ich Ihnen heute, denn das haben wir bereits alles im Haupt- und Finanzausschuss sowie bei der Vorberatung kurz vor Weihnachten im Gemeinderat diskutiert. Und wenn ich mich richtig erinnere liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es in den jeweiligen Gremien keine großen Diskussionen zu den einzelnen Projekten oder deren Investitionen.

Wir haben mit knapp 47 Millionen Euro wieder einen Rekordhaushalt aber was besagt uns dieser Rekord? Ist dieser Rekord für die Geschichtsbücher und spiegelt sehr deutlich, dass wir sehr vieles vorhaben? oder „warnt“ uns dieser Haushalt vielmehr, dass das, was wir vorhaben, mittel- und langfristig eine finanzielle Herausforderung, vielleicht sogar zu einer Belastung für unsere Gemeinde werden könnte?

Tatsächlich ist letzteres eine nicht zu unterschätzende Sichtweise, auf die uns auch unsere Kämmerin – und das auch nicht zum ersten Mal – hinweist. Frau Braunmüller erwähnt in ihrem „Fazit“ auch, dass die Ausgabensituation sich bereits heute in fast allen Bereichen eklatant nach oben entwickelt. Neben der Kreisumlage, den Personalausgaben ist die Kinderbetreuung die größte und die am meisten gestiegene Ausgabe in den letzten Jahren. Auch erwähnt die Kämmerin, dass die hohen Investitionsausgaben größtenteils von Grundstücksverkäufen finanziert werden und ich möchte an dieser Stelle - wie auch schon vor Jahren – erneut darauf hinweisen, dass es sich bei unseren Grundstücke nicht um einen nachwachsenden Rohstoff handelt.

Jetzt könnte - berechtigt - die Kritik an uns, die Freien Wähler gerichtet werden, dass wir ja all den Maßnahmen bisher immer zugestimmt haben. Stimmt soweit auch liebe Kolleginnen und Kollegen:

Südumgehung, Kinderbetreuungsstätten, Dreifachturnhalle, Wasserwerk oder die Zuschüsse der Einheimischen-Wohnungen Josef-Poxleitner-Allee – um nur einige unserer Projekte zu nennen – sind von großer Bedeutung und richtig: diesen Maßnahmen haben wir mit eingeleitet und immer unterstützt.

Jedoch die „Herausforderung“, die wir am Horizont sehen und mit der wir uns in den nächsten Jahren massiv auseinandersetzen müssen, ist der Wachstumsdruck in der Region um München – ein Wachstumsdruck, der sich auch bei uns ganz massiv und mit all seinen positiven aber auch negativen Eigenschaften auswirken wird. Es ist einfach nicht mehr von der Hand zu weisen, dass sowohl Fach- und Spitzenkräfte aus der ganzen Republik wie mit einem großen Magnet in den Speckgürtel um München gezogen werden.

Nach Zahlen des „Regionalen Planungsverbandes“ soll die Bevölkerung in der Region um München innerhalb der nächsten 20 Jahre von 2,8 auf 3,2 Millionen Menschen wachsen. Wir müssen also mit 400.000 Neubürger rechnen, die neuen – und die Betonung liegt wirklich auf NEUEN, also zusätzlichen Wohnraum benötigen. Obwohl in der Region um München im letzten Jahr über 12.500 Wohnungen gebaut wurden, herrscht nicht nur der Eindruck sondern es ist eine Tatsache, dass diese Wohnungen zu wenig sind. Pro Jahr wären an die 18.000 Wohnungen erforderlich, um den Bedarf an Zuwanderern einigermaßen abzudecken. Auch der Bayerische Landtag hat sich heute im Plenum mit dem Thema von „Wohnraumbeschaffung“ beschäftigt, wobei es sich bei der Diskussion vorrangig um eine gesetzliche Änderung zu einem vereinfachten Verfahren im Baugesetzbuch, welches morgen im Bundestag beschossen werden soll, handelte.

Wohnraum schaffen durch ein vereinfachtes Verfahren ist die eine Sache. Die andere ist die berechtigte Frage, wie sich dieser anhaltende Boom der Zuwanderung auf unsere Heimat, auf unsere Gemeinde mit ihren Ortsteilen auswirken wird? Wie verändern sich unsere Ortsteile? Vor allen Dingen, wie wirken sich diese Veränderungen auf uns selber aus auf uns, die wir schon seit vielen Jahren in den Ortsteilen leben und uns aktiv in das tägliche Miteinander einbringen?

Nicht ganz unbegründet herrscht bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in den heute noch ländlich geprägten Regionen um München die Sorge, dass die künftigen Neubürger eher wenig bis keinen Kontakt mit der Bevölkerung suchen, sondern lediglich nur wohnen, aber in der Gemeinde nicht leben wollen. Diese Menschen gehen also eher nicht zu den Schützen und auch nicht zur Feuerwehr. Es liegt aber vielleicht auch an unserer bayerischen Mentalität, dass wir uns selber mit dem Leben in einer anonymen Gesellschaft eher schwer tun. Wir sind eben noch anders aufgewachsen und suchen daher ein gemeinschaftliches Miteinander oder ein Engagement in den Vereinen und sozialen Einrichtungen. Deshalb wollen wir auch keinesfalls – und ich gehe davon aus, dass Sie mir da zustimmen können - dass sich unsere Ortsteile – besonders entlang der S-Bahn - zu „Pendlerkommunen“ entwickeln.

Dass sich ein Bevölkerungswachstum in unserer Region auf den Bedarf an zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtungen auswirkt, ist uns allen hinreichend bewusst. Auch muss ich nicht besonders erwähnen, dass neue Gebäude unterhalten und irgendwann saniert werden müssen – nur dafür müssen Steuereinnahmen kontinuierlich sichergestellt sein - Wirtschaftsdellen wie z.B. 2008 könnten dann fatale Folgen haben.

Eine weitere Herausforderung eines großen Wachstums ist die explodierende Verkehrsbelastung auf unseren Straßen. Obwohl unsere öffentlichen Verkehrsmittel – speziell die S-Bahn - einiges abnimmt, fehlt es inzwischen an Qualität und Zuverlässigkeit um den Straßenverkehr und somit auch die Umweltbelastung stärker zu entlasten, bzw. wesentlich zu reduzieren.

Bei der Haushaltsrede vor zwei Jahren haben wir, die Freien Wähler, die Verkehrssituation angesprochen und speziell einen Ausbau der B471 angeregt. Einige Monate später war dann den Medien zu entnehmen, dass sich auch eine große bayerische Partei dem Problem angenommen und in 2016 den vierspurigen Ausbau von Fürstenfeldbruck-Ost nach Geiselbullach als „vordringlichen Bedarf“ in den „Bundesverkehrswegeplan“ eingebracht hat. Soweit so gut. Aber: einerseits soll dieser Ausbau der B471 erst bis 2030 umgesetzt werden und andererseits ist schon noch zu hinterfragen, ob ein vierspuriger Ausbau über die gesamte Länge von Fürstenfeldbruck-Ost zur A8 nötig ist. Einzelne Überholbereiche würden durchaus ausreichen, sind günstiger und haben zudem einen geringeren Eingriff in die Natur. Man darf hierbei auch nicht blauäugig sein, denn das tägliche Stauproblem kann nicht alleine auf der B471 gelöst werden. Weitere Staubrennpunkte sind die Einfahrt zur A8, die Abfahrt Eschenrieder Spange und in Fortsetzung die A99 Richtung Nürnberger Autobahn. Abends die gleiche Situation in umgekehrter Reihenfolge.

Ökologisch am sinnvollsten wäre es natürlich, wenn es uns gelingen würde, dass die Menschen, die hier wohnen auch zum Großteil hier arbeiten und entsprechend verdienen könnten, anstatt quer durch die Landkreise ans andere Ende von München zur Arbeit fahren zu müssen.

Um aber diese Herausforderungen – also Wohnraum, Gewerbe, soziale Einrichtungen, Infrastruktur, Energieversorgung – in all seinen Auswirkungen ständig auf unsere Möglichkeiten und Verträglichkeiten anpassen zu können und um der nachfolgenden Generation auch weiter Handlungsspielräume in der Gestaltung unserer Gemeinde zu ermöglichen, schlagen wir vor, dass wir uns - unabhängig von den regelmäßig stattfindenden Gemeinderatssitzungen – jährlich einmal zu einer Art Klausur oder einer Sondersitzung treffen sollten, um die allgemeinen Entwicklungen in unserer Region und die daraus folgenden Auswirkungen auf das Leben in unserer Gemeinde mit all seinen Facetten zu diskutieren. Hierbei sollten wir uns die Zeit nehmen zu bewerten, welche gesellschaftliche und sozialen Belastungen und Veränderungen unsere Ortsteile vertragen, wie wir Raum für unsere eigenen hier lebenden Menschen schaffen, ob sich Wohnraum künftig mehr in die Höhe als in die Breite entwickeln soll oder

wie sich weitere Gewerbeansiedlungen und Wohnraumerweiterungen auf die Infrastruktur, die Versorgung, den sozialen Einrichtungen bis hin zum Arbeitsplatz auswirken werden.

Als Ergebnis dieser Klausuren sollten dann Rahmenbedingungen und Vorgaben für unsere Arbeit für die nächsten Monate geschaffen werden. Dadurch würden wir auch vermeiden, dass Projekte aus dem Rathaus heraus bei der Bevölkerung angekündigt werden, ohne dass diese vorab mit uns allen, den Mitgliedern des Gemeinderates gemeinsam mit den Fachkräften aus unserer Verwaltung besprochen und bewertet wurden.

Abschließend möchten ich mich wie jedes Jahr im Namen meiner Fraktion bei all denjenigen Menschen bedanken, die in den vergangenen Jahren immer ihren Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung unserer Gemeinde geleistet haben, bzw. auch weiterhin leisten werden. Bedanken möchten wir uns ganz besonders bei Frau Braunmüller für die immer sehr transparente Aufbereitung der Daten, die diesem Haushalt zugrundeliegen.

Unser Dank gilt aber auch Ihnen Frau Meinhold wie auch Ihnen Herrn Eberlein sowie den Mitarbeitern der allgemeinen Verwaltung, des Bauhofes, des Wasserwerkes, der Finanzverwaltung und des Bauamtes, die mit ihrem Einsatz und dem verantwortungsvollem Umgang mit unseren Liegenschaften, den zur Verfügung stehenden Mitteln sowie den erforderlichen Gerätschaften ebenso einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Stärke der Gemeinde Maisach leisten.

Frau Braunmüller, Frau Meinhold, Herr Eberlein, wir die Fraktion der Freien Wähler wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unseren Dank über die geleistete Arbeit an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterleiten würden.

Zusammenfassung:

Die Fraktion der Freien Wähler wird dem vorliegenden Haushalt in Summe zustimmen. Wie jedes Jahr behalten wird uns vor, Einzelvorhaben abzulehnen oder Änderungen oder Verschiebungen von Projekten im Rahmen der eingestellten Mittel zu beantragen.

Die **Finanzplanung 2018-2020** in Anlage nehmen wir soweit zur Kenntnis.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gottfried Obermair

Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler der Gemeinde Maisach

Maisach, den 9. Februar 2017